

**Bezugspreis:**  
Hietzjährlich  
für Bad Gms 3 M.  
Bei den Postanstalten  
(eininkl. Postgeld)  
3 M. 27 Pf.  
Erscheint täglich mit Aus-  
nahme der Sonn- und  
Feiertage.  
Druck und Verlag  
von H. Chr. Sommer,  
Bad Gms.

# Emser Zeitung



**Preise der Anzeigen:**  
Die einspaltige Kleinzeile  
oder deren Raum 25 Pf.  
Reklamzeile 75 Pf.  
Schriftleitung und  
Geschäftsstelle:  
Bad Gms, Altmstr. 95.  
Fernsprecher Nr. 7.  
Verantwortlich für die  
Schriftleitung:  
Paul Lange, Bad Gms

(Kreis-Anzeiger)

(Bahn-Vote)

(Kreis-Zeitung)

verbunden mit dem „**Ämtlichen Kreisblatt**“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 42

Bad Gms, Mittwoch den 19. Februar 1919.

71. Jahrgang

## Die Nationalversammlung.

Weimar, 17. Febr. An den Tischen für die Reichsregierung und die Vertreter der Einzelregierungen: Scheidemann, Noske, Erzberger, Dittsch, Heine u. a.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2,25 Uhr.

Reichsminister Erzberger: Das hohe Haus hat ein Recht darauf, den Wortlaut des Waffenstillstandsabkommens alsbald von mir zu erfahren und im Anschluß daran erläuternde Bemerkungen dazu von mir entgegenzunehmen. Das gestern abend um 6,30 Uhr unterzeichnete Abkommen hat folgenden Wortlaut: (Der Minister verliest den Wortlaut des Zusatzabkommens, welches im ersten Punkte die unverzügliche Einstellung aller deutschen Offensivbewegungen in den feindlichen Landesteilen festsetzt und die Ueberschreitung einer gewissen genau bestimmten Demarkationslinie untersagt, im zweiten Punkte die Verlängerung des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November auf eine unbefristete kurze Zeitdauer verlängert, wobei die alliierten Mächte sich das Recht vorbehalten, den Waffenstillstand mit einer Frist von drei Tagen zu kündigen, wonach drittens die noch schwebenden Abkommensverhandlungen bezw. die Verhandlungen über noch unvollständig vermittelte frühere Abmachungen fortgesetzt und zum Abschluß geführt werden sollen.) Ich wünsche den einzelnen Mitgliedern dieses Hauses nicht, daß sie in ihrem Leben die schweren Stunden durchkosten müßten, wie es mir in Trier beschieden war. Die Frage: Kann ein Waffenstillstand mit diesen Bedingungen überhaupt angenommen werden, oder ist es nicht besser, man fügt sich dem Diktat von Marschall Foch? das war die Frage, die zu beantwortet wir in Trier ebenso verpflichtet waren, wie die Reichsregierung in Berlin. Dazu ließ Marschall Foch uns wissen, daß er nicht in der Lage sei, irgendwas an den mitgeteilten Abmachungen zu ändern. Denn die Bedingungen seien festgesetzt von den Chefs der alliierten und assoziierten Regierungen, und sein Dolmetscher-Offizier teilte mit, daß auch Präsident Wilson ausdrücklich diese Bedingungen genehmigt habe. (Große Bewegung und Hört, hört!) Dadurch war dem Tätigkeitsraum der Kommission eine enge Grenze gezogen. Trotzdem haben wir versucht, eine Reihe von Milderungen durchzusetzen. Von einer Ausnahme abgesehen, die sich auf eine anderweitige Abgrenzung gegen Polen bezieht, ist uns dies zu unserem lebhaftesten Bedauern nicht gelungen. Es fand eine Aussprache der beiderseitigen militärischen Sachverständigen statt, die dazu geführt hat, daß sowohl der Reichs-Diktat bei Bromberg nicht in das Gebiet einbezogen wird, als auch Oberschlesien aus dem Gebiete ausgeschlossen blieb. Mehr war angesichts der Verhältnisse nicht zu erreichen. Die Forderung, daß die deutsche Stadt Birkenau nicht von uns geräumt werden müsse, wurde abgelehnt, ebenso bezüglich Dentschen; wir haben nur das erreicht, daß der Bahnhof Dentschen von unseren Truppen nicht geräumt werden muß. Die Alliierten haben ihrerseits die Verpflichtung übernommen, zu gewährleisten, daß auch die Polen sich nicht an die verabredete Linie halten sollen. Die Bemühungen zum Schutze der Deutschen in allen diesen Gebieten Bestimmungen in den Waffenstillstandsvertrag aufzunehmen, waren erfolglos. Foch hat nur in Aussicht gestellt, daß er sich bemühen werde, für eine Lösung der Frage in unserem Sinne in der interalliierten Kommission einzutreten. Er erklärte positiv, daß das ganze Abkommen in seinem ersten Artikel eine rein militärische Maßnahme darstelle und keinerlei politische Folgewirkungen nach sich ziehen könne, daß also auch durch die Abgrenzung dieser Gebiete in keiner Weise der Erfüllung des 13. Punktes des Wilsonschen Programms vorgegriffen werden soll. Es blieb den künftigen Verhandlungen überlassen, daß den von uns geräumten Gebieten ein genügender Schutz geleistet wird. Wichtig ist, daß nach den Bestimmungen der Alliierten auch die Polen jede militärische und offensive Bewegung gegen Deutschland einzustellen haben. Artikel 2 enthält nur die Verlängerung für eine unbefristete kurze Zeitdauer, wobei die Alliierten sich das Recht der Verlängerung vorbehalten haben. Mein Antrag, das Wort „kurze“ durch „Zeitdauer“ zu streichen, wurde von Marschall Foch abgelehnt. Auf meine weitere Frage, ob der Ausdruck gewählt worden sei, weil man hoffe, in kurzer Zeit zu einem Bräutigam zu kommen, antwortete Foch: „Ich denke, ich vermute es“. Wie ich Ihnen mitteilen kann, wird in diesen Tagen in Paris über diese Frage eines Vorfriedens verhandelt werden. Die Verhandlungen in Spa haben sich in der letzten Zeit so zuspitzt, daß Vertreter der Alliierten verlangten, daß sie das alleinige ausschließliche Recht über die Auslegung der Verträge hätten. (Hört, hört!) Ich habe dem Marschall Foch eine Note mit unseren deutschen Vorschlägen, die sich insbesondere auf die sofortige Freigabe der deutschen Kriegsgefangenen beziehen, überreicht

mit der Bitte, diese Note den alliierten Regierungen zu unterbreiten. General Foch hat sich bereit erklärt, diese Note bereits heute dem Obersten Kriegsrat der Alliierten zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Zu meinem Bedauern ist es uns nicht gelungen, irgendwelche definitive Zusage über die sofortige Freigabe der deutschen Kriegsgefangenen zu erlangen. (Bewegung.) Die Antwort des Marschalls Foch ging dahin, daß die alliierten Regierungen einen Beschluß über die sofortige Freigabe unserer Gefangenen nicht herbeigeführt hätten, daß aber Frankreich bereit sei, 2000 kranke und schwerverletzte Kriegsgefangene alsbald in die Heimat zu entlassen, auch England würde 2000 nach Hause senden. Darnach erwiderte ich, daß diese Antwort in Deutschland mit tiefer Trauer aufgenommen werden würde. (Allseitige Zustimmung.) Die Vertreter der Alliierten drängten zum Abschluß. Auf meine Anfrage erhielt ich von der Regierung den Auftrag, das Abkommen zu unterzeichnen, aber vorher Marschall Foch die Erklärung Scheidemanns zu übergeben (die wir in gestriger Nr. im Wortlaut mitgeteilt haben. D. S. F.).

Das ist die wenig erfreuliche, traurige Tatsache, die ich aus Trier mitzubringen habe. Die Welt weiß, daß Deutschland einen neuen Krieg nicht führen will und führen kann.

Präsident Fehrenbach: Wir alle stehen unter dem Eindruck der Mitteilung, die uns Minister Erzberger über die schmerzlichen Verhandlungen in Trier gemacht hat. Das ganze deutsche Volk ist von schwerer Sorge über dieses Waffenstillstandsabkommen und seine Folgen erfüllt. (Allseitige Zustimmung.) Unter diesen Umständen wäre es wenig angebracht, wenn wir jetzt unmittelbar nach diesen, so überaus schmerzlichen Mitteilungen die allgemeine politische Aussprache vom Samstag fortsetzen würden. Ich schlage deshalb vor, für heute darauf zu verzichten. Auch der preussische Justizminister und der Kriegsminister, die sich zum Worte gemeldet haben, haben sich entschlossen, ihre Reden auf später zu verschieben.

Das Haus erklärt sich mit dem Vorschlage des Präsidenten einverstanden.

## Statistisches aus der Nationalversammlung.

Der von Dr. Blauslein und Hermann Hüller herausgegebene Fortsetzung von Kürchners Reichstag, dem Handbuch für die Deutsche Nationalversammlung, das demnächst erscheint, enthält die Tagliche Rundschau folgende Angaben: Die Nationalversammlung zählt 14 Geislische, darunter die Hälfte evangelisch und die Hälfte katholisch, so daß bei den Verhandlungen über Staat und Kirche beide Konfessionen gleichmäßig vertreten sein werden. Sehr zu beklagen ist die Zahl der Landwirte auf weniger als 42. Auch die Zahl der aus dem Lande wohnenden Abgeordneten ist weiter zurückgegangen gegenüber der in den Städten und besonders in den Großstädten wohnenden. — Von den 421 Mitgliedern der Nationalversammlung sind 183 evangelische, lutherische und reformierte Christen, 103 katholische Christen, 122 bezeichnen sich als Dissidenten, Freireligiöse und Religionslose, 10 sind Juden, 2 Mikropolit, 1 Baptist. Katholiken zählt nicht nur das Zentrum, sie finden auch in Auer, Blos, Gruber, Poll, Frau Pfaff, Schöpslin, Schrad, Gerd, Pinkau, die anderen Parteien unter andern Dr. Verder, Gelsen (D. V. P.), Kemper (D. V. P.), Weisbach (D. Nat. P.), Gleichauf (D. V. P.), Dr. Wagen (Hann. P.), Dir, Eisenberger, Sandorfer (Wahr. Bauernbund). Die Dissidenten verteilen sich auf die beiden sozialdemokratischen Fraktionen, außerdem ist Dr. Lindde (Demokr.) Dissident. Die Fraktion der Unabhängigen besteht aus 16 Dissidenten, 5 Juden und 3 Evangelischen (Gedhorn, Frau Häbl, Frau Sie). Das Zentrum zählt in seinen Reihen auch zwei Evangelische, Richter (Pfalz) und Schneider (Franken).

## Italiens Forderungen an Österreich.

Wien, 17. Febr. Die Forderung der italienischen Waffenstillstandskommission auf Auslieferung von 100 Lokomotiven und 2000 Waggons beantwortete das Staatsamt für das Heerwesen im Einverständnis mit dem Staatsamt für Aussenwesens dahin, daß die Auslieferung des erwähnten Eisenbahnmateriells für Deutschland unmöglich sei, weil das gesamte Eisenbahnmateriell gegenwärtig gemeinsames Eigentum aller auf dem Boden der österreichisch-ungarischen Monarchie entstandenen Nationalstaaten sei und das Verfügungsrecht darüber allen diesen Staaten gemeinsam zustehe. Dazu kommt noch, daß die Auslieferung einer solchen Menge von Eisenbahnmateriell im gegenwärtigen Zeitpunkt der ärgsten Vertriebsmittelnot die vollständige Lähmung des Verkehrs zur Folge hätte, daß ferner die Lebensmittel- und Kohlentransporte nahezu eingestellt werden müßten. Dadurch würde eine wirtschaftliche, aber auch eine unabwendbare soziale Katastrophe herbeigeführt werden. Die deutsch-österreichische Regierung richtet daher an die italienischen Okkupationskommandos die Bitte, ihre Forderungen an das Bevollmächtigtenkollegium

für die Liquidierung des Kriegsministeriums zu richten. Diese Antwortnote wurde in Abschriften dem englischen Militärbevollmächtigten Oberleutnant Cunningham, dem Professor Coolidge und den Gesandten der neuen Nationalstaaten sowie Ungarns zur Kenntnis gebracht.

## Die tschechischen Forderungen.

U. Genf, 15. Febr. Nach einer Meldung des Rhoner Progress forderte der Delegierte der Tschechen, Benes, auf der Friedenskonferenz außer den bekannten territorialen Ansprüchen für den tschechischen Staat außerdem noch eine gemeinsame Grenze mit den Jugoslawen sowie die Internationalisierung der Elbe, Donau, Reichel und der Eisenbahnlinie Preßburg-Triest-Brunne und Prag-Münchberg-Strasbourg. Des weiteren forderte Benes ein besonderes Statut für die in Frankreich lebenden Tschechen. Der Temps bemerkt zu diesen Forderungen, daß man bei der Lösung der tschechischen Frage Wilsons Selbstbestimmungsrecht nicht Say für Say anwenden dürfe, da durch die Verleihung Deutsch-Böhmens der tschechische Staat keine Lebensfähigkeit erhalte. Frankreich sei daran interessiert, daß ein überreicher Staatenbund unter tschechischer Harmonie geschaffen werden u. daß so ein Bollwerk gegen das Deutschtum gebildet werden könne. Aus diesem Grunde müsse man die Grenzen des tschechischen Staates dementsprechend festlegen.

## Die deutsche Handelsmarine und der Waffenstillstand.

Berlin, 16. Febr. Aus Bremen wird berichtet: Die Kameradschaftliche Vereinigung der Kapitäne und Schiffsoffiziere an der Unterweser beschloß in einer gestern abgehaltenen Versammlung einstimmig folgenden Protest gegen die Verschärfung der Waffenstillstandsbedingungen durch Auslieferung der Handelschiffe an den Verband:

Die der Kameradschaftlichen Vereinigung an der Unterweser angehörenden Kapitäne und Schiffsoffiziere der Handelsmarine erheben Protest gegen die Verschärfung der Waffenstillstandsbedingungen und bitten die deutsche Regierung, von dem Entschluß Abstand zu nehmen, daß sie nicht gewillt sind, die deutschen Schiffe zur Auslieferung nach den feindlichen Häfen überzuführen. Sie erkennen durchaus die Not des deutschen Volkes und erklären sich bereit, mit deutschen Schiffen zu fahren zur Heranschaffung der zur Viderung der Not erforderlichen Lebensmittel. Sie müssen aber von der deutschen Regierung fordern, daß ein unabweisendes Abkommen mit den feindlichen Mächten getroffen wird, daß von der deutschen Regierung Garantien verlangt werden, daß 1. die deutschen Schiffe deutsches Eigentum bleiben und die deutsche Flagge führen, sofern die Schiffe des Verbandes die Landesflagge behalten; 2. daß deutsche Beladung auf den deutschen Schiffen bleibt; 3. daß deutsche Schiffe in erster Linie zur Heranschaffung von Lebensmitteln und Rohstoffen nach Deutschland herangezogen werden; 4. daß auf deutschen Schiffen nach deutschem Recht und Gees verfahren wird; 5. daß die deutschen Schiffe, die unter die Kontrolle der alliierten Lebensmittelkommissionen haben treten müssen, zu einem vor der Unterzeichnung des Abkommens mit hinüber Sicherheit festzulegenden Termin ihren deutschen Eigentümern wieder zur freien Verfügung gestellt werden.

## Die Lage im Osten.

Berlin, 15. Febr. Die Deutsche Tageszeitung veröffentlicht eine Zuschrift aus der Provinz Posen, die in nachdrücklicher, ernter Weise auf die verhängnisvollen Wirkungen unserer derzeitigen „Garantien“ hinweist. Es heißt in dem Schreiben, daß sich der Deutschen inner Provinz angesichts der unzureichenden militärischen Hilfsmitteln der Berliner Regierungen immer stärker das Gefühl bemächtigt, von der deutschen Regierung preisgegeben zu sein, woraus sich die Notwendigkeit ergäbe, den Weg der Selbsthilfe zu beschreiten. „Augenblicklich“ heißt es darin unter andern, „wird hier im Osten ganz im Stillen am Zusammenbruch eines Staatsgebildes unter Zusammenschluß von Oberschlesien, Posen, West- und Ostpreußen gearbeitet, das eine Orientierung nach Posen hin suchen will.“ Von Berlin glauben diese Kreise, die durchaus den Anspruch auf deutsch-nationale Gesinnung erheben, nichts mehr erwarten zu können, und deswegen sind sie, wie es heißt, bereit, eine Anlehnung an den neuen polnischen Staat vorzunehmen. Man weiß auch darauf hin, daß eine solche Verbindung durchaus lebensfähig sei, denn sowohl Bodenschätze zur Schaffung einer reichen Industrie wie auch Bodenprodukte zum Lebensunterhalt der Bevölkerung würden dann in Polen ausreichend vorhanden sein. Auch der Besitz zweier für den Weltverkehr günstigen Häfen, Danzig und Königsberg, könne die Lebensfähigkeit der neuen Konföderation nur steigern. Die Deutsche Tageszeitung fügt hinzu, daß diese Pläne wahrscheinlich auf die Sympathien der preussischen Polen rechnen könnten, da er ihnen, die ihren Stammesbrüdern im ehemaligen Preußen in der Kultur weit überlegen seien, bedauernd mehr Vorteile verspreche als eine völlige Verschmelzung mit Polen. Durch diese Interessengemeinschaft wächst nach Ansicht des Blattes die Bedeutung und Gefahr der neuen Loslösungsbeziehung.

Ämtliches  
Nr. 42  
Druck und Verlag  
von H. Chr. Sommer,  
Bad Gms.  
Verantwortlich für die  
Schriftleitung:  
Paul Lange, Bad Gms  
Gegen den Willen des  
Verlegers hat sich in der  
Redaktion eine  
Veränderung  
des  
Druckes  
vorgenommen.

— Eine polnische Kriegsflotte? Die Polen legen sich jetzt auch eine Marine zu. Die aus Thorn mitgeteilt wird, ist in Modlin eine polnische Weichseelflotte gegründet worden. Sie steht unter dem Kommando eines ehemaligen österreichisch-ungarischen Admirals. Die Mannschaften tragen Matrosenuniform und führen an der Wäpse die polnische Bezeichnung: Polnische Marine. Die Flottille setzt sich aus Motorbooten und kleinen Raddampfern zusammen, die schon im Frieden als Personen- und Frachtdampfer die Weichsel von Warschau bis Thorn und Danzig befuhrten. In polnischen Kreisen wird die Weichseelflotte als die Wiege der zukünftigen polnischen Kriegsmarine betrachtet.

Das bolschewistische Heer. Von unterrichteter Seite werden aus Berlin über die bolschewistische russische Armee folgende Mittheilungen gemacht: Die russische Bolschewistenarmee ist gut organisiert. Diese Tatsache ist auf den Terror zurückzuführen, der den Angehörigen der Armee gegenüber angewandt wird. Die Truppen setzen sich zusammen aus Kalmücken- und Tartarenstämmen. Sie sind reine Söldner. Obwohl in Rußland die ganze Industrie schwer darniederliegt, hat die bolschewistische Regierung Vorkehrungen getroffen, daß die Waffenindustrie weiterarbeitet. Gewehre, Geschütze und Munition werden massenweise hergestellt. Die Mannschaften erhalten hohe Löhne; im Monat werden mehrere hundert Rubel für den gemeinen Mann bezahlt. Die deutschen Truppen gegenüberstehenden bolschewistischen Truppenteile werden durchweg von Offizieren der alten Zar-  
renregierung geführt. Man zwang diese zum Eintritt in die Armee dadurch, daß man ihre Familienangehörigen als Geiseln beschlagnahmte und die Weigerung der Dienstverfüllung der Offiziere mit Erschießen der Familienangehörigen bedrohte. Trotz! plant die Aufstellung einer großen Armee. Er hat verschiedentlich davon gesprochen, daß er bis zum Frühjahr zwei bis drei Millionen auf den Beinen haben will. Die wichtigste Front, an der die Bolschewisten zu kämpfen haben, ist die gegen die sogenannte Freiwilligenarmee, die zwischen Wolga und Don steht. Für Offiziere besteht nach wie vor erste Besatzung. Die russischen Truppen müssen über die Grenze, sobald ihre Lebensmittelaufgaben ausfallen. Das Sowjetrußland hat wenig Lebensmittel für seine Truppen zur Verfügung. Es wird demnach, falls die russischen Vorräte aufgebraucht sind, unbedingt dazu kommen, daß die Truppen die Grenze überschreiten.

— Präsident Wilson. Der Reimhorfer Globe veröffentlicht folgendes Telegramm seines Pariser Korrespondenten Charles Dennis: „In der europäischen Presse erscheint meistens nur ein einseitiger Auszug der Kommentare amerikanischer Blätter über die von dem Präsidenten Wilson mit so vielem Erfolge bei der Friedenskonferenz erfolgte Politik. Eine billigscheinliche Kritik aus amerikanischer Quelle wird in ihrem Umfang verheißt, wohl um im Auslande den Eindruck zu erwecken, daß die Amerikaner für die Tätigkeit ihres Präsidenten nur scharfe Worte der Kritik hätten. Für die amerikanischen Abgesandten an Wilsons Politik wird es eine Beugung bedeuten, zu wissen, daß ihre Worte im Auslande Mißachtung finden, während die dem Präsidenten günstigen Kommentare der amerikanischen Presse in Europa nicht zu Gebote kommen. Dieses Wunder nationaler Klugheit verdient mehr Aufmerksamkeit bei der amerikanischen Friedensdelegation, als es bisher gefunden hat.“

Wissons Abschied von Frankreich. Vor seiner Abreise hat Wilson eine Erklärung abgegeben, in der er für die Völkervernunft, die er in Frankreich gefunden habe, seinen lebhaften Dank ausspricht: „Er habe die Völkervernunft nicht nur als Gast, sondern auch als Freund gefunden.“ Wilson will sofort nach seiner Ankunft in Washington eine starke Propaganda für den Völkerbund entlassen, weil sie durch die Angriffe der Nationalisten sowohl gegen den Völkerbund, als auch gegen Wilson selbst notwendig geworden sei. Wilson hat aber auch den Völkerbundemacht in kurzer Zeit im amerikanischen Senat durchzubringen und glaubt, daß der Friedensvertrag Anfang Juni unterzeichnet sein wird.

Berlin, 18. Febr. In der Wollfamehung von der Verhaftung Nabels erfahren sehr folgende Einzelheiten: Nabel war nach der Niederwerfung des Sparskafens ausfindes nach Berlin zurückgekehrt, inzwischen in Wien geblieben und hatte von dort mehrere Gesinnungsgenossen und seine Sekretärin, eine Wiener Sparkass., nach Berlin mitgebracht. Er war sehr vorsichtig geworden und vermied nach dem Tode Viehnechts und Rosa Eugimburgs alles Aufsehen. Es war den Behörden bekannt geworden, das Nabel der über beträchtliche Geldmittel verfügte, und der durch Kurieren dauernd mit Geld aus Rußland versorgt wurde, nach dem Tode Viehnechts die Führung der Kom-

minniktischen Partei in Deutschland übernommen hatte. Nadel hielt sich zunächst bei Kommunisten in Berlin auf, wechselte seine Quartiere jedoch fast täglich. Obwohl mehrere Kriminalbeamte im Auftrag der Regierung Nadel ständig verfolgten, gelang es doch niemals, seiner habhaft zu werden. Vor einigen Wochen richtete Nadel in der Wohnung, die einer seiner Freunde, ein Arzt, gemietet hatte, ein großes Propagandabüro ein. Nadel trat unter dem Namen Dr. Freund, auch als Dr. Werker, auf, und ließ durchblicken, daß er mit einer neuen Erfindung beschäftigt sei. In diesem Propagandabüro ließen die Häden zusammen, die sich über ganz Deutschland erstreckten. Mit Hilfe seiner Sekretärin, die in Bremen, Braunschweig und Weimar für Nadel tätig war, hat er die dortigen Kommunisten mit Geld versorgt. Sein Werk war die Gründung des Spartakusbundes in Weimar. Nadel hat vor allem die Beziehungen zu Eichhorn aufgenommen, der ebenfalls seit Wochen wieder in Berlin weilt. Die Kriminalbeamten hatten ermittelt, daß gestern abend in dem Büro eine Spartakusbundzusammenkunft stattfinden sollte, an der auch Eichhorn teilnehmen sollte. Als Nadel gegen 4 Uhr das Haus betreten hatte, wurde das Regiment Reinhardt davon benachrichtigt. Nachdem die Soldaten alle Ausgänge umstellt hatten, drangen sie in das Gebäude ein. Nadel wurde unter starker Bedeckung in einem Auto, das mit Revolverkanonen besetzt war, abgeführt. Alle in dem Hause befindlichen Personen wurden ebenfalls verhaftet und abgeführt. In dem Büro Nadels fand man eine Unmenge bolschewistischer Propagandapapiere, die beschlagnahmt wurden. Aus den vorhandenen Listen dürfte man Aufschlüsse über die Führer erhalten. Nadel wurde zum Regiment Reinhardt gebracht. Der Verhaftete erklärte dem Obersten Reinhardt, er, Nadel, sei Mitglied der russischen Regierung und als solcher hier tätig. Er erklärte ohne Aufforderung: „Ich bin von Richard Müller und Mollenhuth hierherberufen worden.“ Auf die Frage Nadels war eine Belohnung von 20 000 Mark angesetzt. Das Regiment Reinhardt mitteilt, soll der bekannte Spartakusführer Dr. Weyd ebenfalls verhaftet worden sein. Die bürgerlichen Blätter sprechen die Erwartung aus, daß die Regierung diesem Bolschewiken endlich das Handwerk legen und sich durch keine diplomatischen Schritte der Sowjetregierung bewegen lassen möge, ihn wieder frei agieren zu lassen.

Korrespondenz mittheilt, wird gegen den verhafteten Rader ein Strafverfahren wegen Aufzuges eingeleitet werden. Wenn Rader bei seiner Verhaftung dem Ob- und Reichs- anwalt gegenüber bezeugt hat, daß er Mitarbeiter der russischen Regierung sei im Auftrage der russischen Regierung in Berlin weilte und somit als Vertreter einer fremden Macht inwieweit sich die Oberstaatsanwaltschaft gegen diese Auffassung, indem sie behauptet, daß Rader sich dadurch strafbar gemacht habe, daß er dem feindlich ergangenen Ausweisungsbefehl gegenüber der russischen Vertretung in Berlin nicht nachgekommen sei. Auch sei sein Uebertritt zu den deutschen Sozialen im December hinreichend, um ihn vor Gericht zu stellen. Da er außerdem die Spartakusbewegung durch russische Gelder unterstützt und namentlich versucht habe, die Nationalarmee umzugestalten und zu sprengen, wird ein Verbrechen wegen Aufzuges und Völkerraths gegen ihn erhoben werden.

*D* Eine Kriegsgeschichte Ludendorffs. Binnen kurzen wird General Ludendorff nach Deutschland zurückkehren. Er hat ein Buch über den Krieg zum Abschluss gebracht. Das erste Kapitel behandelt Äthien und den Dreikönig, während Johann den Krieg von 1915 bis 1918 beschreibt. Neben und Verwaltung von Österreich. Johann den Sommerfeldung 1916 und die Übernahme der Obersten Generalsektion. Von da an mündet das Werk in die Gesamtgeschichte des Krieges und die Kriegsgeschichte Ludendorffs an. Besonders annehmlich wird der Unterseebootskrieg und das U-Bootprogramm behandelt, ferner das Giftgaskrieg und der Sturz Bethmanns, der Friede von Brest-Litowsk. Die Welt-Konkurrenz wird ebenfalls eingehend dargestellt. Ausführlich verbreitet sich der Verfasser auch über die Geschichte des Waffenstillstandsabkommens. Das Buch ist schon fertiggestellt und wird im nächsten Sommer erscheinen.

Das neue System, und die Beamten. Ein Beamter hat sich in einem Schreiben an den Volksrat geäußert und um Klärung über die Aufgabe der sozialdemokratischen Regierung hinsichtlich der Rechte der Beamtenenschaft gebittet. Der Volksrat hat jenen Brief an die Reichsleitung weitergegeben und stellt die Antwort der Reichsleitung mit. Sie lautet wie folgt: Wenn von geistiger Seite versucht wird, unter den Beamten damit Stimmung zu machen, daß ihre Stellungen gefährdet sind und je Gefahr laufen, verlassen und durch sozialdemokratische Beamte ersetzt zu werden, so ist das unfähig, Allotring und eine sozialdemokratische Regierung darauf sehen, daß die leitenden Stellen im Staat, die für die Durchführung der allgemeinen Politik von Wichtigkeit sind Minister und Staatssekretäre, Ober- und Richterpräsidenten, Landräte und ähnliche Beamte, von denen besetzt sind, die nicht gegen die von der Regierung betriebene Politik arbeiten. Deshalb ist es selbst verständlich, daß die je Pöbel, soweit sie bisher von rationalen Beamten besetzt sind, deren Tätigkeit auf eine Weiterführung des alten Systems hinausläuft, durch Anhänger des neuen Systems ersetzt werden. Bei allen übrigen Beamten denkt die Regierung oder die sozialdemokratische Partei gar nicht daran, ihnen irgendwelche Vorschriften über ihre politische Gesinnung zu machen, soweit sie nicht ihr Amt zu einer bestimmten politischen Beeinflussung missbrauchen. Daß hingegen die wirtschaftlichen Rechte und Ansprüche der Beamten auf Gehalt, Pension usw. in vollem Maße anerkannt und gesichert werden, ist selbstverständlich. Wie

D Berlin, 17. Febr. Gestern vormittag traten der Arbeitgeberverband, der Einzelhändler Groß-Berlins, die Arbeitsgemeinschaft des Deutschen Einzelhändlerverbandes, Berliner Spezialgeschäfte, der Verband Deutscher Warenhäuser und der Verein der Textildetailisten Groß-Berlins zusammen, um zum Streik in den Warenhäusern und Spezialgeschäften Stellung zu nehmen. Der Versammlungsleiter betonte in seiner Eröffnungsansprache, daß der Streik in seinen Folgen die gesamte deutsche Geschäftswelt betreffen wird. Nachdem eine große Reihe von Rednern gesprochen hatte, wurde folgender Beschluß angenommen: Die unterzeichneten Firmen erklären sich hiermit bereit, den vom Arbeitgeberverband der Einzelhändler geführten Geschäften beizutreten und ihre Geschäftslokale so lange geschlossen zu halten, bis ihnen vom Arbeitgeberverband das Ende des Streiks mitgeteilt wird. Weiter wurde befaßt: Die versammelten Groß-Berliner Geschäftsinhaber billigen das Vorgehen des Arbeitgeberverbandes und verurteilen aufs schärfste die Haltung des Zentralverbandes der Handelsgesellschaften, der durch seine Weigerung gemeinsam mit den andern Angestelltenverbänden in Verhandlungen einzutreten, eine Verständigung unmöglich macht. Sie bedauern, daß infolge dieses Ratwillens einer einzelnen Organisation der unser Wirtschaftsleben aufs schwerste störende Streik nicht beendet werden kann und stellen fest, daß die Verantwortung dafür einzig dem Zentralverband der Handelsgesellschaften zuzukommen.

\* Elberfeld, 15. Febr. In Neviges brachen am  
morglichen Tage mehrere Kinder ein. Drei von ihnen er-  
tranken, ebenso eine Frau, die sich an der Rettung  
betheiligte; ihr Kind konnte gerettet werden.

\* **Reddinghausen**, 15. Febr. Auf dem Bahnh. Reddinghausen sind umfangreiche Veranbungen von Eisenbahnwagen aufgestellt worden, in die eine ganze Anzahl von Bahnbediensteten vermiselt sind. Zwei Verhaftungen sind erfolgt, weitere stehen bevor. Bei den Festgenommenen fand man große Mengen gestohlenen Gutes.

1: **Änderung der Postordnung.** Durch eine Verordnung des Reichspostamts sind einige Veränderungen der Postordnung eingeführt worden, die im ganzen auf eine Erhöhung der Gebühren für Wert- und Einschreibepost und Vervielfachung derselben hinauslaufen. Von nun an beträgt die Nebengebühr für portofreie Einschreibesendungen solche Postanweisungen und Wertbriefe: 5 Pfg. für Pakete bis 2½ Kilogramm einschließlich 10 Pfg. und für schwere Pakete 20 Pfg. Die Gebühren für die Vervielfachung derselben werden teilweise verdoppelt. Die Veränderungen treten am 15. Februar in Kraft.

ist: Zur Nachahmung empfohlen. In Belienheit  
werden vom Magdant nachstehende Antiermittel am  
Verkauf gebracht: Zunderstiel per Zentner 25 Mark, W  
Belienstiel per Zentner 25 Mark, Krassfasser  
per Zentner 10 Mark, gemischtes Gemüse per Zentner 40 Mark  
Süßerfasser (Wassfasser) per Zentner 40 Mark. Es  
wird werden von dieser Belienheit auch zu den hohen  
Preisen gern Gebrauch machen, und es ist zu erwarten  
dass anderwärts der gleiche Weg beschritten wird.

zu Wiesbaden hat die vorläufige Genehmigung der Regierung gefunden. Der Arbeitsausschuß der Stiftung beschloß, sobald die Verhältnisse es gestatten, eine Versammlung der Douppfarrer in erster Linie zur Festlegung der Maßlinien für die Vermehrung der Stiftungsmittel einzuberufen. In der Zwischenzeit sollen die bereits vorhandenen Gesuche durch Beschlüsse des Arbeitsausschusses erledigt werden.

1. Wiesbaden, 17 2. Brennhofs an M  
berdemittelte. Die minderbemittelte Bevölkerung  
hält nach der amtlichen Volkszählung des Regierun  
genner Brennhofs unentgeltlich Bezugsberechtigt sind  
diesjenigen Haushaltungen, die durch Steuerjensei oder  
sonst geeigneter Weise nachweisen können, daß sie ein J  
reuelinkommen unter 2400 M haben. Die Abgabe d  
Brennhofs zu ermäßigten Preisen, und zwar 4 25 M f  
den Reimer ab Lagerplatz und 5,25 M für den Bren  
zel Keller wird hierdurch nicht berührt.

4. Aus dem Rheingau, 7. Febr. Diese  
wurde allgemein mit dem Nebenschnitt begonnen. Das  
holz ist durchwegs gesund und gut ausgemacht und  
die erste Grundlage für ein gunstiges Ergebnis in  
geleitet — Einzelne Gewerben, wie Dattensheim, Gallen  
haben ihre meisten Bestände an 191er Weinen zum  
außerhalb. Die Preise liegen weiter. In Mainz  
wurden für 1200 Liter 191er 5000 M. geboten.  
Nest auf 12 — 16000 Mark

11: Niederhausen a. d. Rahn, 14. Decr. Die  
ein Warm unter verdächtigen Umständen erst im Herde  
finden. Die angestellten Nachforschungen ergaben, daß es  
um den seit längerer Zeit vermißten Landwirt Joh. W.  
aus dem nahen Kriegslohe handelt. Ob ein Unglücksfall  
ein Verbrechen vorliegt, ist noch zweifelhaft.

11: Gößl, 15. Febr. Verschiedene Diebstähle zum  
den der französischen Besatzungstruppen sind hier vor-  
men. Aus dem französischen Büro des Bahnhofs

